

Europa Konkret

Treffpunkt Europa

Klimapolitik in Tschechien

Sprecher:

Lange sah es nicht danach aus, dass in Tschechien jemals eine Ökosteuer wie in Deutschland verwirklicht würde. Dass man also Klima schädigende fossile Brennstoffe nach und nach stärker belastet und die Einnahmen dazu nutzt, um die Sozialabgaben zu senken und so die Arbeitskraft zu entlasten. Fast jedes Kabinett seit Ende der 90er hatte die Ökosteuer zwar im Konzept, doch spätestens bei den Inhalten knickten die Regierungen ein. 2003 verordnete Brüssel dann, dass jedes europäische Land in Zukunft Mindeststeuersätze auf Energieprodukte einführen muss. Tschechien erhielt eine Frist bis 2008, Polen beispielsweise bis 2010. Damit war klar: In Prag musste gehandelt werden. Nun hätte einfach gereicht, die Minimalauflagen der Europäischen Union zu erfüllen. Im Umweltministerium nahm man aber allen Mut zusammen und setzte eine Expertengruppe ein, die gegen den Widerstand der Industrielobby grundlegende Änderungen des Steuersystems vorbereitete. Leiter der Expertengruppe: der heutige Umweltminister und Grünen-Vorsitzende Martin Bursik. Seine Idee: den Nachteil Tschechiens in einen Vorteil zu verwandeln:

Martin Bursik:

“Es ist klar, dass der Umweltschutz und die Situation der Umwelt in Tschechien noch nicht auf der Höhe der fortschrittlichsten Staaten sind. Aber uns bietet sich die einzigartige Gelegenheit, als Mitglied der EU aus jedem der anderen 26 Mitgliedsländer das Beste zu herauszuspicken und uns inspirieren zu lassen.”

Sprecher:

Die Umsetzung geschieht aber auch in Tschechien nicht von heute auf morgen. Als Umweltminister setzte Bursik mit seinen Parteikollegen von den Grünen erst einmal durch, dass die Ökosteuerreform Teil des Regierungsprogramms wurde. Mitte Mai folgte der nächste Schritt: Das Kabinett beschloss, nicht nur die von der EU geforderten Mindeststeuersätze auf die Energieprodukte Elektrizität und Kohle einzuführen, sondern im Umfang der Mehreinnahmen die Sozialabgaben zu reduzieren. Der erste Teil der Ökosteuerreform war geboren. Doch soll dies nur der Anfang sein.

Martin Bursik:

“Zugleich bereiten wir eine Studie für die zweite Phase vor, die weitaus interessanter ist und zeigt, welchen Weg wir in der Koalition gehen wollen. Und das ist eine Besteuerung von CO₂. Es ist der skandinavische Weg”,

Sprecher:

sagt Bursik. 2010 könnte dann die Abgabe auf Kohlendioxid eingeführt werden. Größtes Vorbild ist da Schweden, das bereits seit 1991 die Kohlendioxid-Emissionen bei fossilen

Eine Gemeinschaftsproduktion europäischer Rundfunkanstalten

www.treffpunkteuropa.eu

© Deutsche Welle

Europa Konkret

Treffpunkt Europa

Energieträgern steuerlich belastet. Mit dieser zweiten Phase befände man sich bereits auf der Überholspur gegenüber Deutschland. Angesichts der politischen Realitäten im Land ist dieses Unterfangen aber noch ungewiss, weil die Regierungskoalition keine eigene Mehrheit im Abgeordnetenhaus hat und ihr Schicksal immer wieder auf dem Spiel steht.

Till Janzer